Die unabhängige Schweizer Tageszeitung

Tages-Anzeiger

Montag
18. Januar 2021

129. Jahrgang Nr. 13
Fr. 4.20
AZ 8021 Zürich

Australian Open
Einige Tennisprofis haben in Melbourne Stubenarrest. Das sei unfair, sagen sie.
24

Was Babys wollen
Schreiende Säuglinge können Eltern leicht an ihre Grenzen bringen.
27

Generation Tiktok
Wie die Pandemie das Leben von jungen Menschen beeinflusst.
15

Metzler wird wieder politisch aktiv – für eine Initiative der Konkurrenz

Individualsteuer Die ehemalige Bundesrätin Ruth Metzler unterstützt die Initiative der FDP-Frauen im Komitee. Ihre eigene Partei, Die Mitte, wird ein konkurrierendes Volksbegehren lancieren.

Raphaela Birrer

Sollen Ehepaare gemeinsam Steuern bezahlen? Oder alle Personen einzeln, unabhängig von ihrem Zivilstand? Über diese Fragen streiten sich konservative und liberale Kräfte im Bundeshaus seit Jahrzehnten. Die FDP-Frauen wollen das Patt nun mit einer Volksinitiative zur Individualbesteuerung beenden – und landen damit bereits einen Coup: Auf der Liste des Initiativkomitees, die dieser Redaktion vorliegt, figuriert ein prominenter Name: Alt-Bundesrätin Ruth Metzler engagiert sich erstmals seit ihrem Ausscheiden aus der Regierung 2003 wieder politisch – für ein Anliegen der Konkurrenz.

Metzlers eigene Partei, die in der Mitte aufgegangene CVP, scheiterte vor vier Jahren äusserst knapp mit ihrer «Heiratsstrafe»-Initiative, welche die progressionsbedingte steuerliche Benachteiligung von Ehepaaren beheben wollte. Dieses Jahr will Die Mitte nun eine neue Initiative lancieren, weil das Bundesgericht die damalige Abstimmung wegen falscher Zahlen des Bundes für ungültig erklärte. Der Inhalt ist noch nicht klar, doch die Partei will an der gemeinsamen Besteuerung von Ehepaaren festhalten.

Individuell versus gemeinsam: Damit kommt es in der Steuerpolitik zum grossen Showdown zwischen der FDP und der Mitte. «Das Ziel der beiden Initiativen ist identisch. Mit jener der FDP-Frauen kommen wir aber schneller vorwärts», sagt Metzler.
Kommentar Seite 2, Bericht Seite 5

Rasche Lieferung könnte extra kosten

Impfstoffe 15 Millionen Impfdosen gegen das Coronavirus hat die Schweiz bereits bestellt. Doch wann werden die Dosen genau geliefert? Das Bundesamt für Gesundheit verhandelt derzeit mit den Herstellern über die exakten Termine. Seit Dezember gibt es Gerüchte, dass sich Pfizer und Moderna eine schnelle Lieferung extra bezahlen lassen. «Ich vermute leider, dass sich die Firmen ihre Impfstoffe vergolden lassen wollen», sagt der Branchenkenner und Arzt Michael Nawrath. Ob es sich für die Schweiz lohnt, den Zuschlag zu bezahlen, ist eine andere Frage – viele Kantone sind mit ihren Impfkampagnen im Rückstand. Nun überlegen sich die Bundesbehörden, den Prozess mit einem Belohnungssystem zu beschleunigen. *(los)* **Seite 4, 8**

In Altersheimen soll breit getestet werden

Corona Vergangene Woche wurde erstmals in einem Altersheim die mutmasslich viel ansteckendere Virusmutation nachgewiesen. Das Ausmass war erschreckend: Drei Viertel der Bewohner hatten sich infiziert. Das ist auch deshalb gravierend, weil bereits bisher jede zweite Person, die an oder mit Corona starb, in einem Heim wohnte. Aktuell gibt es keine schweizweiten Massnahmen, um die Heimbewohner konsequent zu schützen. Der Heimverband fordert nun präventive Gratistests für Bewohner und Personal. *(red)* **Seite 3**

Das Attentat von Morges wirft Fragen auf

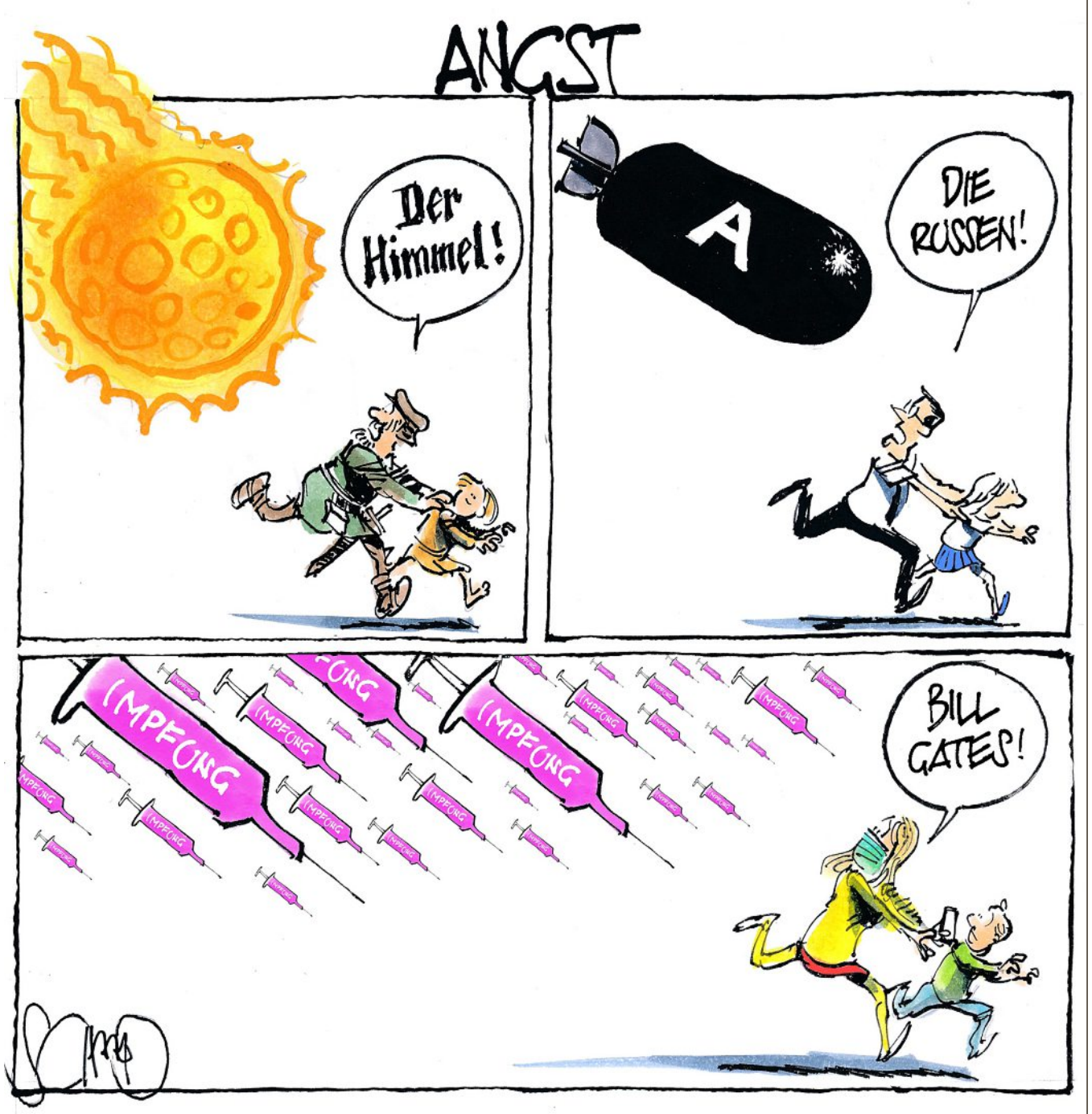
Jihadismus In Morges VD wurde am 12. September das erste islamistische Terrorattentat in der Schweiz verübt. Ein junger Portugiese war das zufällige Mordopfer. Klar ist inzwischen, dass der Täter aus der islamistischen Szene von Lausanne stammt und sich mit IS-Anhängern austauschte. Etwas schwieriger ist die Frage nach möglichen Hintermännern: Seit längerem suchen die Ermittler einen anderen Lausanner Islamisten, der bis kurz vor dem Attentat mit dem Täter in Kontakt stand und dann untertauchte. *(K.P.)* **Seite 4**

Kommentare & Analysen

«Im Unterschied zu Merz ist Laschet ein Versöhner, kein Spalter.»

Dominique Eigenmann
Der Deutschland-Korrespondent über Armin Laschet, den neuen Parteichef der CDU. **Seite 7**

Die grosse Skepsis



Pandemie In weiten Teilen der Bevölkerung stossen Covid-19-Impfungen auf Skepsis oder gar auf blanke Ablehnung. Die Impfskepsis nehme immer dann zu, wenn kulturelle Umbrüche stattfinden, sagt dazu ein Uni-Professor. Das Thema sei komplex und habe eine lange Geschichte. **Seite 25**

Nawalny wurde in Moskau festgenommen

Russland Fünf Monate nach seiner Vergiftung in Sibirien ist der russische Oppositionspolitiker Alexei Nawalny in seine Heimat zurückgekehrt – und nach seiner Landung in Moskau sofort festgenommen worden. Der 44-Jährige sei zur Fahndung ausgeschrieben gewesen, teilte der Strafvollzug mit. Bis zur Entscheidung des Gerichts bleibe er in Untersuchungshaft. Nawalny soll während seines Aufenthalts in Deutschland, wo er sich von dem in Russland verübten Anschlag mit dem Nervengift Nowitschok erholte, gegen Bewährungsauflagen verstossen haben.

Der Strafvollzug will deshalb die Bewährungs- in eine Haftstrafe umwandeln lassen. Nawalnys Team spricht von einer politischen Inszenierung, um den Gegner von Präsident Putin mundtot zu machen. EU-Ratschef Charles Michel forderte die sofortige Freilassung des Kreml-Kritikers. *(sda)* **Seite 6**

Busse und Trams fahren wieder normal

Öffentlicher Verkehr Drei Tage lang machte der Wintereinbruch den Verkehrsbetrieben Zürich (VBZ) zu schaffen. Nachdem am Freitag wegen der grossen Schneemengen der Betrieb auf dem ganzen Netz komplett eingestellt worden war, fuhren auch übers Wochenende nicht alle Linien. Am Sonntag sorgte die Kälte für Probleme: Auf gewissen Gleisabschnitten bildete sich Eis, das weggepickelt werden musste.

Die VBZ rechnen damit, dass der Fahrplan ab heute Montag wieder eingehalten werden kann. Um dies möglich zu machen, musste der Winterdienst zu aussergewöhnlichen Mitteln greifen: Mit Traktoren und Lastwagen wurde Schnee eingesammelt und aus der Stadt gekarrt. Normalerweise werden die Schneemassen an den Strassenrändern aufgeschichtet, wo sie dann schmelzen. *(red)* **Seite 17**

9 771422 999005 21013

Tages-Anzeiger Werdstrasse 21, 8021 Zürich
Abo-Service 044 404 64 64, abo.tagesanzeiger.ch
Inserate inserate@tagesanzeiger.ch oder online unter adbox.ch

Redaktion 044 248 44 11, redaktion@tagesanzeiger.ch
Leserbriefe leserforum@tagesanzeiger.ch
Lesen Sie uns auch in der App oder auf der Website tagesanzeiger.ch

Leserbriefe	13	Rätsel	28
Todesanzeigen	18	Wetter	29
TV/Radio	20		

Kommentar

Wir halten Frauen bewusst vom Arbeiten ab

Die gemeinsame Steuerrechnung für Ehepaare setzt falsche Anreize. Höchste Zeit, dass sich das ändert.

Wer sich ewige Treue schwört, der zahlt auch ewig zusammen Steuern. Nach diesem Prinzip werden Ehepaare in der Schweiz besteuert. Dass sie gemeinsam veranlagt werden, hat allerdings eine unerwünschte Folge: Das Zweiteinkommen – zu 90 Prozent jenes der Frau – wird wegen der höheren Progressionsstufe überproportional besteuert.

Damit setzt unser Steuersystem aus ideologischen Gründen einen Anreiz für verheiratete Frauen, möglichst wenig zu arbeiten. Der Abhalteeffekt wird umso grösser, je mehr sie verdienen. Das ist mit ein Grund, warum gut ausgebildete Einheimische auf dem Arbeitsmarkt fehlen. Stattdessen holen wir Fachkräfte aus dem Ausland. Ein viel zu teures Modell.

Würde hingegen jede Person separat Steuern bezahlen, könnten gemäss Studien bis zu 60'000 zusätzliche Vollzeitstellen besetzt werden. Oder: 300'000 Frauen würden ihr Pensum um jeweils 20 Prozent erhöhen, weil sie dafür nicht mehr steuerlich bestraft würden.

Entscheidend für den Erfolg der Initiative wird Ruth Metzler sein.

Vor diesem Hintergrund ist die Initiative der FDP-Frauen ein Paukenschlag. Sie beendet einen epischen Streit zwischen Liberalen und Konservativen, weil sie die Individualbesteuerung endlich zwingend auf die politische Agenda setzt. Und statt eines komplizierten Wirrwarrs von steuerlichen Abzügen und Subventionen die grosse Reform verlangt.

Mit dieser Initiative gelingt es der neuen FDP-Frauen-Chefin Susanne Vincenz-Stauffacher nicht nur, die zuletzt kaum präsente freisinnige Frauensektion wieder ins Gespräch zu bringen. Sie bündelt erstmals auch die parteiübergreifende Kraft, die von der historischen Frauenwahl 2019 ausging, für ein Volksbegehren.

Entscheidend für den Erfolg wird Ruth Metzler sein. Die Alt-CVP-Bundesrätin kann mit ihrem Engagement im Initiativkomitee den progressiven Flügel ihrer Partei gewinnen – und das Anliegen so mehrheitsfähig machen. Die Mitte will dieses Jahr eine eigene Initiative lancieren, die an der gemeinsamen Besteuerung festhalten soll. Sie sollte angesichts dieser Ausgangslage darauf verzichten.

Raphaela Birrer

Hört endlich auf damit

Eine neue Seuche: sexistische Kommentare von Männern in der Öffentlichkeit.

Salome Müller

Egal, ob es nachts um drei ist oder nachmittags um halb vier. Egal, ob Freitagabend oder Sonntagvormittag. Egal, ob in der Stadt, auf dem Land, im familienfreundlichen Quartier oder in der entvölkerten Agglo. Egal, ob wir uns im Ausgang befinden, im Zug, auf dem Velo, ob wir zu zweit sind oder allein. Wenn Frauen sich im öffentlichen Raum bewegen, müssen sie damit rechnen, sexistische Kommentare von Männern zu hören. Aggressive Zurufe. Beleidigungen.

Zum Beispiel: «Hey, gits en F***?» Oder: «Geili Fot*e, stiig is Auto.» Oder: «Hesch megageili Br*scht, dörfi mal?»

Zwei Zürcherinnen sammeln solche Erlebnisse und schreiben sie mit Kreide an jene Orte, an denen die verbalen Übergriffe stattgefunden haben. Mit dieser Aktion sollen die sogenannten Catcalls für alle sichtbar gemacht werden. Auch jene Leute, die von solchen Zurufen in der Öffentlichkeit verschont bleiben, erkennen jetzt: Sie sind eine elende Seuche.

Die Kommentare mögen plump, die Beleidigungen dumm, die Zurufe kläglich sein. Sie sind aber Ausdruck eines Selbstverständnisses der Männer, dass ihnen der öffentliche Raum gehört. Frauen sind in dieser Welt Objekte. Und wenn sie es wagen, als handelndes Subjekt aufzutreten und sich gegen die Zurufe zu wehren, werden sie weiter beleidigt.

«Was häsch eigentlich s Gfühl? Du bisch so hässlich!» Oder: «Was tuesch so arrogant?!» Oder: «Dich wetti eh nöd, du Sch**!»

Gegen diese Seuche immun zu werden, hiesse, sich mit ihr abzufinden. Die Seuche muss aber bekämpft werden. Passantinnen und Passanten, die solche Vorfälle mitbekommen, müssen eingreifen und sich mit den Frauen solidarisieren. Wenn Männer dies tun, hat es einen doppelten Effekt: Sie signalisieren den Frauen, dass sie das andere Geschlecht respektieren. Und sie signalisieren den übergriffigen Männern, dass deren Verhalten falsch ist. Erst wenn Männer von anderen Männern gemassregelt werden, wird sich etwas ändern.

Verspielte Legitimität

Palästinenserpräsident Mahmoud Abbas will mal wieder eine Wahl abhalten.

Peter Münch, Tel Aviv

Präsident Joe Biden erhält eine Morgengabe aus dem Morgenland: Palästinenserpräsident Mahmoud Abbas, der seine vierjährige Amtszeit bereits auf 16 Jahre ausgedehnt hat, will sein Volk endlich einmal zur Wahl rufen. Das soll ihm neue Legitimität verschaffen und US-Unterstützung sichern auf dem Weg zur Wiederaufnahme von Friedensgesprächen mit Israel.

Doch ein Wahlsieg von Abbas ist alles andere als sicher. Die Palästinenser sind seiner korrupten Fatah längst überdrüssig. Statt des 85-jährigen Patriarchen könnte durchaus ein Islamist jener Hamas an die Macht kommen, die in Washington und Brüssel auf der Terrorliste steht.

Wahlen sind aus westlicher Sicht demnach nur wünschenswert, wenn nicht die Falschen gewinnen. Aus diesem Dilemma kann Abbas seine westlichen Partner nur mit einem Wahlsieg befreien – oder indem er einen Weg findet, die Wahl doch wieder zu umgehen. Seinen guten Willen hat er dann schliesslich demonstriert – und mehr hat Abbas aktuell auch kaum im Sinn.

Man kennt sich: 2015 besuchte der Papst Washington und wurde vom damaligen Vizepräsidenten Joe Biden empfangen. Foto: Getty Images

Eine neue Allianz zwischen Washington und Rom

Der Katholik Joe Biden und Papst Franziskus wollen bei Klimaschutz und sozialer Gerechtigkeit zusammenspannen.

Michael Meier

Für manche Katholiken bricht eine neue Ära an: «Papst Franziskus und Joe Biden werden ihre politische und religiöse Macht zu einer gemeinsamen Vision und Mission vereinen», so der US-Publizist Andy Roman. Als Franziskus Biden am Telefon zur Wahl gratulierte, bot dieser dem Papst an, in Sachen Klimaschutz, Armutsbekämpfung und Integration von Flüchtlingen mit ihm zusammenzuarbeiten.

Biden, nach Kennedy der zweite Katholik im Weissen Haus, ist von Franziskus geradezu begeistert. Er verkörpere die Prinzipien der katholischen Soziallehre, mit der er gross geworden sei: Menschenwürde, Gerechtigkeit, Liebe zu den Armen. Auch dessen Umweltenzyklika «Laudato si'» will Biden zur Richtschnur nehmen. Als Vizepräsident hat der Demokrat den Jesuiten auf dem Papstthron mehrfach getroffen. Und einen Jesuiten, den Ex-Präsidenten der Georgetown-Universität Leo O'Donovan, betraut er jetzt damit, bei seiner Amtseinführung die Invokation, die Anrufung Gottes, zu sprechen.

Auch Franziskus liegt viel an einer Entspannung zwischen Rom und Washington. Vorgänger Trump war gegen alles, was ihm heilig ist: Schutz des Klimas, der Armen und Marginalisierten. Als Trump ankündigte, eine Mauer zu Mexiko aufzurichten, schimpfte der Papst, es könne nicht Christ sein, wer Mauern statt Brücken baue.

Papst-Biograf Austen Ivereigh bezeichnete Trump und Bergoglio 2017 in der «New York Times» als «der Welt berühmteste Populisten», die freilich miteinander in Konflikt stünden. Ja, der Papst sei der Fahnenträger des weltweiten Widerstands gegen Trump, der Anti-Trump eben.

Franziskus missfällt auch Trumps zur Schau gestellter Glauben. Biden lebt diesen zurückhaltender, aber glaubwürdig. Seit dem Tod seines Sohns Beau 2015 trägt er dessen Rosenkranz auf sich. Er pflegt am Sonntag zur Messe zu gehen und bekennt, dass der Glaube seine Politik beeinflusse.

Und doch hat er im christlichen Lager weniger gepunktet als der Opportunist Trump. Nur jeder zweite US-Katholik hat ihm die Stimme gegeben. Die Bischöfe trauen dem liberalen Katholiken nicht, weil er das Nein der Kirche zu Abtreibung, Ehe für alle und «Gender-Ideologie» politisch nicht umsetzen mag. Als gläubiger Mensch sei er persönlich gegen Abtreibung, so Biden, wolle aber niemandem die katholische Doktrin gesetzlich aufzwingen und ihn kriminalisieren.

Das hat unter den führenden US-Klerikern eine befremdliche Kontroverse entfacht, ob man Präsident Biden die heilige Kommunion geben dürfe. Kein Problem damit hat der neue Erzbischof von Washington, Wilton Gregory, den Franziskus gerade zum ersten schwarzen Kardinal der US-Geschichte gekürt hat.

Nein, findet demgegenüber der Alt-Erzbischof von Philadelphia, Charles Chaput: Biden stehe nicht in voller Gemeinschaft mit der Kirche. Die Vorbehalte teilt der Vorsitzende der US-Bischofskonferenz, Erzbischof José Comez. Zur Klärung des Konflikts hat er jetzt eine Arbeitsgruppe eingesetzt.

Doch der Präsident und der Papst werden sich kaum durch die Divergenzen bei den Lebensrechtsfragen auseinanderdividieren lassen. Gemeinsam werden sie Fragen der Gerechtigkeit und des Klimas in den Vordergrund stellen.

Heime fürchten das mutierte Virus

Besonders gefährdet Erstmals wurde die Corona-Variante aus Grossbritannien in einem Altersheim nachgewiesen. Die Frage, wie man die älteren Bewohnerinnen und Bewohner der Schweiz schützen kann, ist weiterhin unbeantwortet.

Janine Hosp, Stefan Häne und **Edgar Schuler**

Das Tempo war erschreckend. Das Ausmass war erschreckend. In kürzester Zeit hatten sich drei Viertel der Bewohnerinnen und Bewohner in der Tessiner Altersresidenz in Balerna mit dem Coronavirus infiziert. Die Verantwortlichen liessen das Virus untersuchen, und es zeigte sich: Es ist die mutierte Variante aus Grossbritannien. Erstmals hatte sie Eingang in ein Heim gefunden. Noch am Freitag griff das Tessin deshalb wieder zur härtestmöglichen Massnahme: Es verhängte ein Besuchsverbot in allen Heimen und Spitälern des Kantons.

Wie der Fall im Tessin zeigt, hat der Wettlauf gegen die Virusmutation B.1.1.7 begonnen. Besonders gefährdet: die Bewohnerinnen und Bewohner von Alters- und Pflegeheimen. Jede zweite Person, die an oder mit Corona starb, war gemäss den Zahlen des BAG in einem Heim zu Hause. In manchen Kantonen sind es aber deutlich mehr, etwa in Baselland (80 Prozent), Zürich (63 Prozent) oder Bern (53). Da sich die Zahlen aber auf den Todesort und nicht auf den Wohnort beziehen, kommt noch die unbekannte Zahl von Heimbewohnern hinzu, die in einem Spital starben.

Nationale Gesundheitspolitiker sind verstört über die Todeszahlen in den Heimen. Doch kaum flackert die Forderung nach konsequentem Schutz der Heimbewohner auf, verrauscht sie auch schon wieder. Helfen könnte beispielsweise, Bewohnerinnen und Bewohner von Heimen und das Betreuungspersonal konsequent und regelmässig zu testen. Doch der Bundesrat macht keine Anstalten, ein solches Testobligatorium zu verhängen.

Casa di Riposa Solarium in Gordola TI: Seniorinnen und Senioren warten Anfang Januar auf ihre Impfung gegen Covid-19. Foto: Keystone, Ti-Press

Rechtswidrig abgeschottet?

In der «Samstagsrundschau» von Radio SRF verteidigte Parmelin den Kurs mit dem Argument, die Politik sei in der ersten Welle dafür kritisiert worden, dass sie die Heime möglicherweise rechtswidrig ganz abgeschottet habe. Gesundheitsminister Alain Berset (SP) verlangte in einem Interview mit der «SonntagsZeitung» hingegen von den Kantonen eine neue Strategie mit mehr Massentests: «Sinnvoll ist das zum Beispiel in Altersheimen, Schulen oder Hotspots.» Aber ein Testobligatorium? Finanzielle Unterstützung? Immer noch Fehlanzeige.

Auch die Kantone liessen das Thema schleifen. Der oberste Gesundheitsdirektor Lukas Engelberger (CVP) sagt: «Tests müssten regelmässig vorgenommen werden, was in diesen grossen Mengen organisatorisch kaum zu bewältigen und damit nicht realistisch wäre.»

Engelberger fürchtet zudem, ein solcher Schritt würde in die Grundrechte des Personals eingreifen: «Das scheint mir kein angemessener Umgang mit dem Personal zu sein.»

Dabei zeigen die Erfahrungen von Baselland, dass regelmässige Massentests in Heimen machbar sind. Am 2. und 3. Januar wurden 1200 Heimangestellte getestet. Prompt sank die Zahl der Ansteckungen deutlich. Nur noch 28 Betagte wurden seither angesteckt, seit Beginn der zweiten Welle bis Ende Jahr waren es 556.

Viele Betagte fragen sich: «Bin ich nun nur vulnerabel, oder bin ich schon überfällig?»

In den Tests wurden 18 Infizierte entdeckt, die keine Symptome hatten. Ohne Test hätten sie wohl zahlreiche weitere Personen infiziert. Es wäre nicht bei den 28 Fällen geblieben.

Aufwand und Kosten sind allerdings nicht klein. Ein einziger PCR-Test kostet 100 Franken. Die Tests selber bezahlt der Kanton, die Heime müssen das Personal zum Testen und Abklären zur Verfügung stellen. Dafür hat der Kanton bereits seit Oktober 150 Mitarbeiter geschult.

Schutz der Schwächsten

Die Aussage von Engelberger stösst bei Politikern auf Kritik. Nationalrat Alfred Heer (SVP) sagt: «Die einzige Sorge von Herrn Engelberger sind die Grundrechte des Personals wegen Tests? Und das, während die Schweiz gerade mit einem neuen Lockdown Existenzen ruiniert?» Heer verlangt, die Schwächsten seien konsequent zu schützen – mit Massnahmen, die wirkten.

Kein Verständnis für Engelberger hat auch Ständerat Damian Müller (FDP): «Selbst wenn mit Tests nicht alle Fälle entdeckt werden können: Sie sind eine deutlich bessere Alternative, als gar nichts zu unternehmen.»

Monika Stocker verfolgt als Mitinitiantin der Initiative gegen Altersdiskriminierung die Debatte um die Todeszahlen in den Heimen intensiv. Die ehemalige Zürcher Sozialvorsteherin der Grünen findet: «Es reicht!» Seit Monaten werde immer über «die Alten» geredet und nicht mit ihnen. Viele Betagte würden sich sagen: «Bin ich nun nur vulnerabel, oder bin ich schon überfällig?»

Aber Menschen in Heimen seien «weder unmündig noch blöd», sagt Stocker. «Massnahmen müssen zusammen mit den Menschen geklärt werden, und es muss entschieden werden, ob es um Tests, Impfen oder anderes geht.»

Der Kanton Basel-Stadt war der erste, der Bewohner und Personal eines ganzen Heims durchtestete. Aber er verzichtet nun auf ein regelmässiges Screening. Es habe sich gezeigt, dass sich Ansteckungen am ehesten in den Tagen nach einem Covid-Ausbruch fänden, teilt er mit. Deshalb will er künftig höchstens dann ein ganzes Heim testen, wenn die Ansteckungszahlen bereits steigen.

Die Stadt Zürich kennt kein Testobligatorium. Sie bietet in ihren Pflegezentren Mitarbeitern mit direktem Bewohnerkontakt nur an, sich bei minimalen Symptomen – etwa einem Kratzen im Hals – vor Arbeitsbeginn einem Schnelltest zu unterziehen. Mitarbeiter mit ausgeprägteren Symptomen dürfen den Betrieb gar nicht erst betreten, sondern müssen sich im Testcenter für das städtische Personal untersuchen lassen.

Wer zahlt?

Auch in Zürich müssen Personen ohne Krankheitssymptome einen Test selbst bezahlen. Politisch verantwortlich für diese Strategie ist mit Stadtrat Andreas Hauri ein Vertreter der GLP – jener Partei, die wie die SP und die Grünen die hohe Zahl der Toten besonders laut beklagt und scharfe Massnahmen dagegen fordert.

Ein Versäumnis? Hauri sagt Nein. Er verweist auf Möglichkeiten der neuen Speicheltests. Die Stadt Zürich sei darüber mit dem Kanton im Gespräch. «Wir hoffen, dass wir in Kürze einen Pilot in einem Alters- oder Pflegezentrum durchführen können.»

Dem Direktor des Heimverbands Curaviva geht das einfach nicht schnell genug. Daniel Höchli sagt: «Es ist jetzt, angesichts des mutierten Virus, noch wichtiger, auch Heimpersonal ohne Symptome schnell und regelmässig zu testen – bevor es zu einem Ausbruch kommt.» Höchli fordert, dass die Kantone das Pflegepersonal beim Testen bevorzugen und dafür sorgen, dass es sich präventiv und kostenlos testen lässt. Jetzt will der Verband den Bundesrat dazu bewegen, dass er sich hinter diese Empfehlungen stellt.

Es ist eine Minimalforderung. In Deutschland etwa werden nicht nur Bewohner und Personal kostenlos getestet, sondern Besucherinnen und Besucher. Aber eben: Testen ist teuer und aufwendig.

Dem Heimverband kommt jetzt die nationalrätliche Gesundheitskommission zu Hilfe: Der Bund soll für alle Personen in Alters- und Pflegeheimen einmal pro Woche einen freiwilligen Test finanzieren, und zwar bis mindestens Ende März. Das fordert die Kommission in einem Schreiben an den Bundesrat. Auch sollen Kantone in den Pflegeheimen das Personal aufstocken mit dem Ziel, dass Mitarbeiter wenn nötig in Quarantäne gehen können.

Letzte Hoffnung: Impfen

Und wenn nun der Impfstoff dem Sterben ein Ende setzt? Die Betagten in den Heimen sind jetzt die Ersten, die sich impfen lassen dürfen. Schon am Freitag meldete Uri: alle Heimbewohner geimpft – jedenfalls jene, die das wollten.

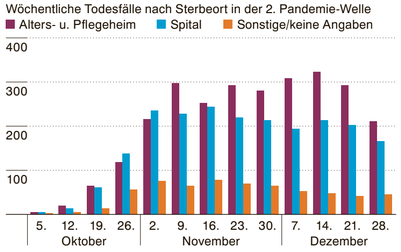
Luzern war am Samstag so weit. Zwischen 70 und 80 Prozent der Bewohnerinnen und Bewohner sind jetzt geimpft, etwa 30 Prozent der Angestellten. Eine Sprecherin sagt zu den Zahlen: «Viele Impfwillige in den Heimen konnten sich aufgrund einer aktuellen Covid-Erkrankung nicht bei der ersten Etappe impfen lassen.»

Anderswo dauert es länger: Der Kanton Bern hat bis zum Wochenende erst 1800 von rund 13'000 Heimbewohnerinnen und -bewohnern geimpft, 13 Prozent. Jetzt kommt der Impfstoff von Moderna hinzu, der Kanton will damit das Tempo erhöhen. Zürich und Basel-Stadt werden erst Mitte Februar alle Heimbewohner mit der ersten Dosis verimpft haben.

Aber die neue, schnelle Virusvariante ist längst da. Es droht wieder eine Niederlage im Wettlauf gegen das Sterben in den Heimen.

Im Heim wird am häufigsten gestorben

Wöchentliche Todesfälle nach Sterbeort in der 2. Pandemie-Welle



Grafik: ese, niz / Quelle: BAG, 20min.ch

An einer Messe in Lausanne am 17. September 2020 betrauern Angehörige und Freunde das Todesopfer. Foto: Christian Brun

Nach dem Anschlag von Morges ist ein Mann flüchtig

Jihadistischer Terror Im September forderte erstmals in der Schweiz ein islamistischer Anschlag ein Todesopfer. Was bisher über den Attentäter und sein Umfeld bekannt ist.

Kurt Pelda
und **Thomas Knellwolf**

Der Täter stach am 12. September 2020 zu, direkt vor einer Imbissbude im Eingangsbereich eines Einkaufszentrums von Morges VD. Das Mordopfer: ein zufällig anwesender Portugiese, der mit seinen Freunden zu Abend essen wollte. Der 29-Jährige war das erste Todesopfer des islamistischen Terrorismus in der Schweiz.

Das von der Ideologie der Terrorgruppe Islamischer Staat (IS) inspirierte Attentat erfolgte nur wenige Tage, nachdem das französische Satiremagazin «Charlie Hebdo» seine Mohammed-Karikaturen erneut abgedruckt hatte. Auslöser für die Publikation war der Prozess gegen die Hintermänner des Terroranschlags auf die «Charlie Hebdo»-Redaktion von Anfang 2015.

Der inzwischen 27-jährige Messerstecher von Morges, Ömer A., erzählte nach seiner Verhaftung, dass er den Propheten habe rächen wollen. Ähnliches steht auch in seinem Testament, das die Polizei in dem Hotel fand, in dem der schweizerisch-türkische Doppelbürger auf Staatskosten untergebracht war.

Seit 2017 auf der Gefährder-Liste

Ömer A. war somit mutmasslich der Erste, der auf die Neuauflage der Mohammed-Karikaturen mit einem Mord an einem Nichtmuslim reagierte, noch vor ähnlich motivierten Anschlägen in Frankreich, darunter die Enthauptung des Lehrers Samuel Paty und die Messermorde in Nizza im letzten Oktober.

Wenn es in den Medien bisher um Ömer A. ging, stand das Hickhack zwischen der Bundesanwaltschaft und den Behörden des Kantons Waadt im Vordergrund. Man fragt sich, warum ein radikalisierter, psychisch instabiler junger Mann, der wegen eines versuchten Brandanschlags auf eine Tankstelle schon länger in Untersuchungshaft genommen worden war, in einem Hotel statt in einer Anstalt untergebracht wurde. Schon seit 2017 führte der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) Ömer A. auf seiner Liste der islamistischen Gefährder.

Warum wurde ein radikalisierter, psychisch instabiler junger Mann in einem Hotel statt in einer Anstalt untergebracht?

Wenig Konkretes wurde dagegen zum Umfeld des Attentäters bekannt. Ömer A. konsumierte nicht nur regelmässig Marihuana, sondern handelte auch damit. Viele seiner Bekannten stammen deshalb aus dem Drogenmilieu. Er war allerdings auch Teil der islamistischen Szene. So war er Mitglied in verschiedenen Chatgruppen im Internet, von denen eine nach dem IS benannt war. 2017 bezeichnete der spätere Attentäter Milutin J., den selbst ernannten Waadtländer IS-Emir, als «Gehirn der Gruppe». Milutin J. wurde am Freitag wegen der Vorbereitung von und Anstiftung zu Terroranschlägen in Paris zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt. Offenbar hatte er nicht nur zur Radikalisierung von Ömer A. beigetragen, sondern mit diesem in einer von der Polizei mitgeschnittenen Konversation auch einen Terrorplan erörtert.

Besuche in einschlägig bekannten Moscheen

Ömer A. hatte ausserdem Kontakt mit einem jungen Genfer Islamisten, der mit einem anderen Schweizer befreundet war, der wiederum letzten Sommer in Marokko wegen der Bildung einer terroristischen Vereinigung zu einer Freiheitsstrafe von fünf Jahren verurteilt wurde. Bei einem Hausbesuch dieser Zeitung wollte sich der junge Genfer nicht zu Ömer A. äussern.

In Lausanne besuchte Ömer A. die kleine Moschee von Prélaz und das Gotteshaus von Prilly. Das sind dieselben Moscheen, die auch der inzwischen in Paris verurteilte Milutin J. frequentierte. Und bereits vor ihm beteten in Prélaz Rückkehrer aus Syrien und mindestens ein Lausanner Jihadist, der heute in einem syrischen Gefängnis sitzt.

Keiner der Lausanner Jihadisten musste sich bisher vor dem Bundesstrafgericht in Bellinzona verantworten, ganz anders als IS-Anhänger aus dem Umfeld der inzwischen geschlossenen An'Nur-Moschee in Winterthur. Aber nicht nur die Bundesanwaltschaft ging bisher härter gegen die Winterthurer Szene vor als gegen jene in der Romandie. Auch die Kantonspolizei Zürich bekämpft radikalisierte Islamisten entschiedener als ihre Waadtländer Kollegen. So überwachte sie zum Beispiel einen heimlichen Gebets- und Diskussionsraum einer grösseren Gruppe von IS- und Al-Qaida-Sympathisanten in Winterthur mit einer versteckten Kamera. Dagegen liess man am Ufer des Genfersees den als Gefährder bekannten Ömer A. unbeaufsichtigt in einem Hotel logieren.

Nach der Bluttat von Morges

Nach der Bluttat von Morges realisierten die Ermittler, dass Ömer A. in der Zeit unmittelbar vor dem Attentat intensiven Kontakt mit einem anderen mutmasslichen Jihadisten aus Lausanne gehabt hatte. Der 23-jährige Justin K. (Name geändert) verkehrte in denselben Moscheen wie Ömer A., und er kannte sich ebenfalls in der Drogenszene aus. Justin K. ist gut vernetzt, unter anderem mit nordafrikanischen Jihadisten in Norditalien. Am Tag des Attentats von Morges tauchte er plötzlich unter.

Im November wurde Justin K. in der Nähe von Rimini gesehen, wie aus italienischen Sicherheitskreisen verlautete. Für die Italiener und die Franzosen ist Justin K. ein gefährliches Individuum, doch scheint sich diese Einsicht im Waadtland nur langsam durchzusetzen. Die Ermittler wollten ihn wegen seiner Kontakte mit Ömer A. befragen und herausfinden, ob er allenfalls Mitwisser oder gar Mittäter war. Doch sie liessen sich Zeit, den Sozialhilfebezüger im Schengen-Informationssystem zur Verhaftung auszuschreiben.

Wie die Bundesanwaltschaft auf Anfrage mitteilte, führt sie derzeit kein Verfahren gegen Justin K. Derweil fahndet Frankreich schon nach ihm – unter anderem wegen des Verdachts auf Terrorismus und Drogenhandel. Die Waadtländer Kantonspolizei äusserte sich auf Anfrage nicht zu Justin K.

Wer schnell impft, soll mehr Dosen erhalten

Corona-Impfkampagne Die Verantwortlichen beraten über einen neuen Verteilschlüssel.

«Inakzeptabel» sei das, gefährlich für die Glaubwürdigkeit des gesamten Impfprozesses. Als vor einigen Tagen bekannt wurde, dass Pfizer offenbar Lieferprobleme mit seinem Impfstoff hat, war der Ärger gross. Verschiedene nordeuropäische Länder baten die EU eindringlich, Druck auf die Pharmafirma zu machen. Gut ein Drittel aller EU-Länder melden, dass sie weniger Dosen als versprochen erhalten haben.

Der Druck ist hoch. Die Impfdosen sind knapp. Umso grösser sind die Bemühungen in der EU und auch in der Schweiz, die vorhandenen Dosen so schnell wie möglich in die Leute zu bringen.

Auf eine Vorzugsbehandlung dürfe dabei niemand hoffen, sagt Dan Staner, Europa-Chef des Impfstoffherstellers Moderna, in einem Interview mit dem «SonntagsBlick»: «Jedes Land verdient es, gleichbehandelt zu werden. Wir sehen davon ab, Impfstoffe zu bunkern und erst dann auszuliefern, wenn ein entsprechendes Land ordert.»

Umgekehrt heisst das: Je schneller ein Land seine Impfdosen verbraucht, desto rascher gibt es Nachschub. Das dürfte auch der Hintergrund einer Idee sein, die bei Schweizer Impfexpertinnen und -experten die Runde macht und durch die «NZZ am Sonntag» publik wurde. Wer in der Schweiz zu langsam impft, soll bei künftigen Verteilungen weniger Impfdosen erhalten. Wer schneller ist, der wird mit mehr Impfdosen belohnt. «Habe ein Kanton weniger als die Hälfte der Dosen verimpft, könnte er künftig keine mehr erhalten», schreibt die Zeitung und zitiert dabei «mehrere unabhängige Quellen aus regierungsnahen Kreisen».

Kantone im Rückstand

Verschiedene Kantone scheinen nicht in der Lage, den vorhandenen Impfstoff genügend schnell zu verteilen. Im Rückstand sind beispielsweise die Waadt und das Wallis. Beide Kantone haben erst ein Viertel des ihnen zugeteilten Impfstoffs verbraucht. Auch Zürich ist im Rückstand – bis Ende Monat will man im grössten Schweizer Kanton die Hälfte der Dosen verimpft haben.

Der Basler Gesundheitsdirektor Lukas Engelberger, Präsident der kantonalen Gesundheitsdirektoren, bestätigt die Existenz der Idee. Dabei gehe es nicht darum, den langsameren Kantonen zu drohen, sondern den gesamten Prozess zu dynamisieren. «Am Schluss ist es relativ primitiv: Schneller und mehr ist besser.» Wenn nun ein Kanton beispielsweise Schwierigkeiten mit der Logistik habe, dann könnte ein anderer Kanton dessen Kontingent vorübergehend nutzen. Natürlich müsste das kurzfristig ausgeglichen werden. «Die Verteilung unter den Kantonen insgesamt müsste selbstverständlich unantastbar bleiben», sagt Engelberger.

«Jedes Land verdient es, gleichbehandelt zu werden.»

Dan Staner
Europa-Chef von Moderna

Dass die Kantone unterschiedlich weit in ihren Impfkampagnen seien, hält der Basler Gesundheitsdirektor für nachvollziehbar. Erstens sei der Impfstoff viel schneller da gewesen, als man das zuerst gedacht habe, und zweitens seien die Voraussetzungen von Kanton zu Kanton sehr unterschiedlich. Während die Logistik einer solchen Impfkampagne in einem kleinen Stadtkanton wie seinem eigenen relativ einfach zu bewältigen sei, stelle die Verteilung der Impfdosen einen weitläufigen Gebirgskanton vor ganz andere Probleme.

Noch wissen die Behörden gar nicht, wie weit die Kantone überhaupt sind mit dem Impfen. Dieses Problem soll allerdings bald gelöst werden. Für morgen hat das Bundesamt für Gesundheit einen ersten Überblick über die Impflage in den Kantonen versprochen. Danach wollen die Behörden kontinuierlich aufzeigen, wo wer schon geimpft worden ist – und wie schnell das alles vorwärtsgeht. Oder wie langsam.

Philipp Loser

500 Tessiner Schüler müssen in Quarantäne

Corona an Schulen Rund 500 Schüler sowie 70 Lehrer einer Schule im Tessin sind seit dem Wochenende in Quarantäne. Grund waren 13 positive Corona-Tests, davon mindestens zwei mit der neuen britischen Variante.

Fälle wie dieser befeuern die Debatte um den richtigen Umgang mit den Schulen in der Pandemie. Heute soll die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren dem Bundesrat Vorschläge unterbreiten. Bislang wollten die Kantone Schulschliessungen möglichst verhindern – neu etwa dank Massentests. Vertreter der Corona-Taskforce plädieren aber dafür, zumindest für Berufsschulen und Gymnasien Fernunterricht anzuordnen. *(sda/red)*

Ex-Staatssekretär Franz Blankart gestorben

Todesfall Der ehemalige Staatssekretär Franz Blankart ist am Sonntag im Alter von 84 Jahren gestorben. Seine Ehefrau Anne bestätigte den Hinschied auf Anfrage der Nachrichtenagentur Keystone-SDA. Blankart war unter anderem Chefunterhändler für die EWR-Verhandlungen. Ihr Ehemann sei nicht an Covid-19 gestorben, präzisierte Anne Blankart.

Blankart war Mitglied der FDP und Oberst in der Armee. Er war 1986, als Kurt Furgler Chef des Volkswirtschaftsdepartements war, zum Staatssekretär und Direktor des Bundesamtes für Aussenwirtschaft, heute das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco), ernannt worden. *(sda)*

Neuer Schub für eine alte Forderung

Individuelle Besteuerung Die FDP-Frauen lancieren eine Volksinitiative und werden dabei von einer Alt-Bundesrätin und einer Wirtschaftsführerin prominent unterstützt. Reicht das?

Raphaela Birrer

Es ist ein einziger Satz. Doch der Satz hat politische Sprengkraft: «Natürliche Personen werden unabhängig von ihrem Zivilstand besteuert.»

Dieser schnörkellose Satz ist der noch unveröffentlichte Initiativtext, mit dem die FDP-Frauen die Individualbesteuerung in die Verfassung schreiben wollen. Neu soll jeder und jede separat Steuern bezahlen, egal ob verheiratet oder nicht. Pünktlich zum 50-Jahr-Jubiläum des Frauenstimmrechts am 7. Februar wird die freisinnige Frauensektion die Initiative offiziell lancieren – und damit einen Punkt hinter einen jahrzehntelangen Streit setzen.

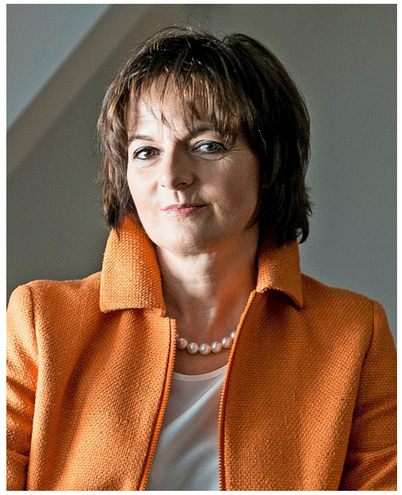
Dutzende Vorstösse forderten bereits, das Steuersystem müsse unabhängig vom Zivilstand ausgestaltet werden. Oder zumindest: Es dürfe Ehepaare nicht benachteiligen. Sie alle scheiterten letztlich an einer symbolischen Grundsatzfrage: Muss sich die ewige Bindung von Ehepaaren auch in der gemeinsamen Steuerrechnung widerspiegeln? Eine konservative Mehrheit im Parlament fand bislang immer: ja.

Doch die negativen Effekte dieser Lösung stören selbst diese Kräfte, denn das Zweiteinkommen eines Ehepaars wird überproportional besteuert. In der Regel sind es die Einkünfte der Frau, die in der Veranlagung zu jenen des Mannes addiert werden, weshalb das Paar in eine höhere Progressionsstufe gerät. Deshalb hat das Parlament erfolglos zahlreiche Varianten gewälzt, wie diese «Heiratsstrafe» behoben werden könnte.

Damit soll nun definitiv Schluss sein. Ein illustres Initiativkomitee will, «dass sich Arbeit auch für verheiratete Frauen lohnt», wie FDP-Frauen-Präsidentin Susanne Vincenz-Stauffacher sagt. Die noch unveröffentlichte Mitgliederliste liegt dieser Redaktion vor. Sie zeigt:

— Das Anliegen ist parteipolitisch breit abgestützt. Prominent besetzt ist das Komitee mit Alt-Bundesrätin Ruth Metzler (Die Mitte). Neben Politikerinnen der FDP engagieren sich auch diverse Vertreter der GLP (Nationalrätin Kathrin Bertschy), der ehemaligen BDP (Noch-Präsident Martin Landolt), der SP (zum Beispiel Ständerätin Eva Herzog) und der Grünen (Ständerat Matthias Zopfi).

— Das Anliegen ist in der Wirtschaft stark verankert. Neben Investorin und Philanthropin Carolina Müller-Möhl engagieren sich diverse Wirtschaftsvertreter wie etwa Valentin Vogt, Präsident des Arbeitgeberverbands.



Alt-Bundesrätin Ruth Metzler. Foto: Daniel Winkler (13 Photo)

Susanne Vincenz-Stauffacher, Präsidentin FDP-Frauen. Foto: Keystone

Unternehmerin und Philanthropin Carolina Müller-Möhl. Foto: Dominic Büttner

Ruth Metzler: Gegen die eigene Partei?

Ruth Metzler wird zum ersten Mal seit ihrem Ausscheiden aus dem Bundesrat 2003 wieder politisch aktiv. «Ich habe eine Geschichte mit diesem Thema», begründet die heutige Verwaltungs- und Stiftungsrätin. Bereits vor über 20 Jahren schlug die damalige Appenzeller Finanzdirektorin dem Bundesrat als Mitglied der Expertenkommission für die Familienbesteuerung die Individualsteuer als mögliches Modell vor.

«Seither sind wir keinen Schritt weitergekommen. Ich habe darum nicht gezögert, mich im Initiativkomitee zu engagieren», sagt Metzler. Die Individualsteuer leiste einen Beitrag zur Gleichstellung, indem sie mehr Frauen in den Arbeitsmarkt bringe: «Damit gäbe es in einer Paarbeziehung keine steuerlichen Gründe mehr, nicht oder weniger zu arbeiten.»

Metzlers Engagement ist brisant: Ihre Partei, Die Mitte, will das Problem mit einer eigenen «Heiratsstrafe»-Initiative beheben. 2016 scheiterte sie damit knapp an der Urne; wegen falscher Zahlen des Bundes erklärte das Bundesgericht die Abstimmung für ungültig. Dieses Jahr soll nun eine neue Initiative lanciert werden. Der Inhalt ist noch unklar. Klar ist aber: Die gemeinsame Besteuerung von Ehepaaren soll erhalten bleiben – mit einem günstigeren Tarif.

Aus Metzlers Partei wird denn auch Kritik an der Initiative der FDP-Frauen laut: Ständerat Beni Würth etwa hält das Vollsplitting, bei dem das Gesamteinkommen von Ehepaaren durch zwei geteilt wird, für «die wirklich liberale Lösung». «Nur bei diesem Modell verhält sich der Staat gegenüber den verschiedenen Lebensentwürfen neutral.» So könne zum Beispiel eine Frau in der Mutterschaftspause mit der Individualsteuer keine Abzüge geltend machen.

Doch insbesondere bei den CVP-Frauen und im liberalen Flügel der Partei gibt es Sympathien für die Individualsteuer.

Carolina Müller-Möhl: Für die Wirtschaft?

Auch für die Investorin Carolina Müller-Möhl ist die Beseitigung steuerlicher Fehlanreize «einer der wichtigsten Hebel, um Gleichstellung zu erreichen». «Die individuelle Besteuerung setzt Beschäftigungsanreize – auch für die geschätzten 50'000 Akademikerinnen, die nicht berufstätig sind», sagt sie.

Für Müller-Möhl ist die finanzielle Eigenständigkeit der Frauen zentral, um das Risiko einer Altersarmut zu minimieren. Aber sie argumentiert auch volkswirtschaftlich: Werde das weibliche Arbeitskräftepotenzial besser genutzt, generiere das mehr Steuersubstrat und Wachstum.

Die Chancen für das Anliegen stehen gut: 2019 haben über 100 Parlamentarier aller Fraktionen eine Motion von FDP-Nationalrätin Christa Markwalder unterzeichnet, die eine Einführung der Individualbesteuerung fordert. Zudem steht der Bundesrat wegen der Legislaturplanung unter Druck: Darin hat ihn das Parlament letztes Jahr beauftragt, eine Botschaft zur Individualsteuer vorzulegen. Trotzdem will FDP-Frauen-Präsidentin Vincenz-Stauffacher an der Initiative festhalten: «Wir sind desillusioniert, weil so lange nichts geschehen ist. Der Bundesrat kann uns aber immer noch positiv überraschen!»

Ist unser Steuersystem frauenfeindlich?

Mehrere Studien kommen zum Schluss, dass das Schweizer Steuersystem für verheiratete Frauen negative Erwerbsanreize setzt. Weil Ehepaare gemeinsam veranlagt werden, wird das Einkommen der Frauen – sie sind zu 90 Prozent die Zweitverdienenden – zu jenem der Männer addiert und zu einem höheren Satz besteuert, als dies bei einer individuellen Veranlagung der Fall wäre. Wenn verheiratete Frauen also mehr arbeiten, fressen die Steuern die zusätzlichen Einkünfte überproportional weg. Der Effekt ist umso grösser, je höher die Einkünfte der Zweitverdienenden sind, weshalb sich gerade für Akademikerinnen Anreize ergeben, weniger zu arbeiten.

Stocken zudem verheiratete Mütter ihre Pensen auf, fallen wegen des höheren Familieneinkommens auch die Subventionen für die Kinderbetreuung weg. Für Avenir Suisse ist deshalb klar: Das Schweizer Steuersystem ist «frauenfeindlich». Zu diesem Schluss kam die Denkfabrik letztes Jahr in einer Studie.

Das Forschungsunternehmen Ecoplan hat im Auftrag der Müller-Möhl Foundation vor zwei Jahren das Kosten-Nutzen-Verhältnis verschiedener Steuerreformen untersucht. Der Befund: Eine modifizierte Variante der Individualbesteuerung (getrennte Veranlagung, aber ein Elternteil mit niedrigerem Tarif) hätte diesbezüglich die besten Effekte: 19'000 Vollzeitstellen könnten zusätzlich besetzt werden, heisst es. Der Steuerausfall betrüge rund 780 Millionen Franken und wäre damit um rund die Hälfte tiefer als bei anderen Steuermodellen wie etwa dem Vollsplitting, bei dem das Gesamteinkommen durch zwei geteilt wird.

Würde die Individualbesteuerung via Steuerharmonisierungsgesetz auch in den Kantonen eingeführt, könnten demnach gar Frauen für insgesamt bis zu 60'000 Vollzeitstellen engagiert werden. Auf diese Zahl kommen die Forscher, weil sie hochrechnen, dass 300'000 Frauen ihr Pensum um je 20 Prozent erhöhen würden. *(rbi)*

Kampagne für die Konzerninitiative war «grenzwertig»

Stimmrechtsbeschwerde Die Bundeskanzlei rügt das Engagement der Kirchen im Abstimmungskampf.

650 öffentlich-rechtliche Kirchgemeinden haben sich im letzten Herbst für ein Ja zur Konzernverantwortungsinitiative (KVI) engagiert – so dezidiert wie kaum je zuvor in einem Abstimmungskampf. Das führte nicht nur in den eigenen Reihen zu teils heftigen Debatten. Nun tadelt auch die Bundeskanzlei das damalige Engagement als «zumindest grenzwertig».

Sie äussert sich in einer Stellungnahme zur Stimmrechtsbeschwerde, welche die Jungfreisinnigen in vier Kantonen eingereicht haben. Die Stellungnahme liegt dieser Zeitung vor. Weil die Kantone nicht auf die Beschwerde der Jungpolitiker eingetreten sind, gelangten diese ans Bundesgericht. Sie werfen den Landeskirchen vor, die Kriterien der Verhältnismässigkeit, der Transparenz und der Sachlichkeit verletzt zu haben. Was die Bundeskanzlei nun indirekt bestätigt.

«Keine Hinweise auf Gegenargumente»

Grundsätzlich dürften sich die Kirchen als zentrales Element der Zivilgesellschaft in die demokratische Debatte einbringen, schreibt die Bundeskanzlei. Als öffentlich-rechtliche Körperschaften seien sie aber an die Grundrechte gebunden. Hinsichtlich Professionalität und Intensität sei das strittige Engagement der öffentlich-rechtlichen Körperschaften bei der KVI mit demjenigen privater Abstimmungskomitees vergleichbar. Das Werben «mittels Flyern, Plakaten, Videos und insbesondere auch dem Aufhängen von Bannern mit einer Fläche von bis zu 12 Quadratmetern an Kirchtürmen und kirchlichen Verwaltungsgebäuden deutet nicht auf eine Zurückhaltung hin». Bei den zur Verfügung gestellten Mustertexten und Factsheets gebe es zudem keinerlei Hinweise auf Gegenargumente.

Weil die Initiative in der Volksabstimmung Ende November am Ständemehr scheiterte, sieht die Bundeskanzlei allerdings keinen weiteren Handlungsbedarf. Dennoch würde sie es begrüssen, wenn das Bundesgericht klären würde, ob das intensive Engagement der öffentlich-rechtlichen Kirchen zulässig gewesen sei. Auch für den Präsidenten der Jungfreisinnigen, Matthias Müller, ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, dass das Gericht diese Frage beurteilt. Die Zeitung «Schweiz am Wochenende», die zuerst über die Stellungnahme der Bundeskanzlei berichtet hat, geht jedoch aufgrund ihrer Recherche nicht davon aus, dass das Bundesgericht diese Frage beantworten wird.

Kirche weist Kritik zurück

Der Schweizer Jesuitenobere Christian Rutishauser, der zum Komitee «Kirche für Konzernverantwortung» gehörte, kann den Argumenten der Bundeskanzlei nicht folgen. Es gehöre zum Auftrag der Kirche, strukturell-politisch gegen die Ursachen der Ungerechtigkeit anzukämpfen. Sie wolle nicht immer nur mit karitativen Mitteln die Versäumnisse der Politik korrigieren.

Michael Meier